

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mohrs,
sehr geehrte Frau Kulturdezernentin Theis-Scholz,
sehr geehrter Herr Baudezernent Flöck,

unser Dank gilt zunächst dem Stadtvorstand und allen Mitarbeitern der Verwaltung, die im vergangenen Jahr wiederum hervorragendes geleistet haben. Ich glaube sagen zu können, dass wir in Koblenz in der Verwaltung gut aufgestellt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 zustimmen.

Ungeachtet der anstehenden Investitionen für die Infrastruktur, insbesondere die Sanierung der Pfaffendorfer Brücke, stellen wir fest, dass in den Haushaltsberatungen weitgehende Haushaltsdisziplin geübt wurde. Erfreulicherweise können die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer stabil gehalten werden, was wir im Sinne der Koblenzer Wirtschaft und der Koblenzer Bürger ausdrücklich begrüßen.

Es wäre auch im Zuge der weiter anstehenden Pandemie ein völlig falsches Zeichen gewesen, Bürger und Unternehmen mit höheren Steuern und Abgaben zu belasten.

Wir sind auch der Überzeugung, dass die Finanzkraft unserer Stadt nach dem Ende der Pandemie wieder stark zulegen und wir aufgrund unserer wachsenden Wirtschaftskraft guten Zeiten entgegengehen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2022 zurecht darauf hingewiesen, dass Koblenz ein hoch attraktiver Standort für Unternehmen, wie auch für Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer ist. Wir alle müssen daran arbeiten, dass dies auch in Zukunft gewährleistet ist.

Deswegen begrüßen wir die Investitionen in die schulische Infrastruktur, die Digitalisierung, den Klimaschutz und auch in die BuGa 2029 als sinnvoll und zielführend.

Für uns hat jedoch auch die Entwicklung des Hochschulstandortes Koblenz mit dem Start der Universität Koblenz im Jahre 2023 höchste Priorität. Aus diesem Grunde ist es gut, dass die Präsidenten der Koblenzer Hochschulen im kommenden Jahr Gelegenheit erhalten, uns im Rat ihre Sorgen und Nöte uns darzulegen.

Dabei denken wir nicht nur an die dringend notwendige Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch die Landesregierung, sondern auch die Maßnahmen, die wir als Stadt dem Universitätsstandort Koblenz anbieten können, sei es im Bereich der Ausweisung von Flächen, aber auch im Bereich der zur Verfügungstellung studentischen Wohnraums. Im letztgenannten Bereich liegen wir bekanntlich an letzter Stelle der rheinland-pfälzischen Universitätsstädte.

Investitionen in den Universitätsstandort Koblenz sind Investitionen in eine gute und ertragreiche Zukunft, wie das Beispiel der Fa. BionTech in Mainz anschaulich zeigt.

Auch die anstehenden Investitionen in die Verkehrswende werden von uns grundsätzlich mitgetragen. Allerdings sind wir hier der Auffassung, dass jede einzelne Maßnahme einer kritischen Prüfung unterzogen werden sollte.

Dies ist auch der Grund dafür, dass wir der Investition in das Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof nicht zustimmen werden. Die entsprechenden Projekte in Mainz und Bad Kreuznach sind – dies sei hier in aller Deutlichkeit gesagt - krachend gescheitert.

In Mainz wurde ein Fahrradparkhaus mit 800 Stellplätzen errichtet, das weitgehend leer steht. Das gleiche Bild erschließt sich in Bad Kreuznach, wo die Kosten für den Bau des Fahrradparkhauses von 1,5 Millionen auf 3,5 Millionen Euro explodiert sind und das Fahrradparkhaus ebenfalls von der Bevölkerung nicht angenommen wird.

Dass Koblenz bedingt durch Topographie und Demographie, aber auch – hier muss sich ehrlich machen - durch die Bequemlichkeit vieler Zeitgenossen keine fahrradaffine Stadt ist, kann ich jeden Tag auf dem Weg ins Büro nach Bubenheim an der sehr geringen Frequentierung der neu angelegten Fahrradstreifen auf der Karthause und der Trierer Straße erkennen. Wir dürfen das Auto auch nicht verteufeln! Wir sind ein Oberzentrum mit einem Einzugsgebiet von 600.000 Menschen, die Koblenz per PKW, demnächst vielleicht per Elektro-PKW, aber nicht mit dem Fahrrad ansteuern. Der Koblenzer Einzelhandel lebt von den Besuchern der Innenstadt. Wenn wir eine Politik verfolgen, die das Auto aus der Stadt verbannt, wird der Einzelhandel noch größeren Schaden nehmen als dies bereits jetzt der Fall ist.

Die Attraktivität von Koblenz als Wirtschafts- und Wohnstandort schafft uns jedoch auch Probleme, die wir nach unserer Einschätzung bislang nicht optimal bewältigt haben.

Wenn der Durchschnittspreis für ein freistehendes Einfamilienhaus in Koblenz auf der Basis der verlässlichen Zahlen des Gutachterausschusses allein vom Jahr 2019 in das Jahr 2020 von 360.000,00 € auf 450.000,00 € gestiegen ist und wir ähnliche Steigerungen auch in anderen Marksegmenten des Wohneigentums verzeichnen, muss die Frage nach der Effizienz der kommunalen Wohnungs- und Baupolitik gestellt werden.

Wir bewegen uns mit unseren Preisen im Bereich des Wohneigentums – und dies hätten wir vor einiger Zeit für undenkbar gehalten hätte – geradewegs in Richtung

Gentrifizierung, d.h. der Verdrängung einkommensschwacher Haushalten durch wohlhabendere Haushalte. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die auf Dauer den sozialen Frieden in unserer Stadt gefährdet. Hier müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, dringend gegensteuern.

Verantwortung für diese Entwicklung tragen in Koblenz nicht zuletzt jene Parteien, die in andernorts Gentrifizierung beklagen, andererseits aber nicht bereit sind, genügend Flächen für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum bereitzustellen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum war und ist aber eine der wichtigsten und hervorragendsten kommunalen Aufgabe.

Hier ist dringend Entlastung geboten und deswegen geht unser Appell an die Verwaltung, die anstehenden Projekte im Bereich der Fritsch-Kaserne und an der Königsbach zu forcieren, damit diese in einer überschaubaren Zeitspanne umgesetzt und zur Entspannung des Marktes beitragen können.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der Marktverhältnisse in Koblenz haben wir aufgrund jüngster Entwicklungen auch Zweifel daran, dass das Koblenzer Baulandmodell mit der Vorgabe der Errichtung von 30% Sozialwohnungen in künftigen Bebauungsplänen umsetzbar sein wird.

In Deutschland mehren sich die Anzeichen dafür, dass hohe Sozialquoten in Bebauungsplänen aufgrund der bereits explodierten und weiter explodierenden Bau- und Grundstückspreise nicht mehr darstellbar sind. Dies mag weniger für die Metropolregionen gelten, in denen Investoren Preise von 7.000,00 € oder mehr pro Quadratmeter Erlösen, aber umso mehr für regionale Märkte mit erheblich geringeren Preisen, wie beispielsweise Koblenz. Wir werden sehen, was uns die Entwicklung in diesem Bereich bringt.

Umso mehr sollten wir jedoch dem Beispiel anderer Städte folgend, den sozialen Wohnungsbau über die Koblenzer Wohnbau zu forcieren. Sie hat in erster Linie die Aufgabe, einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und deswegen muss hier verstärkt investiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vielfältigen Investitionen in die sportliche Infrastruktur der Stadt Koblenz werden von uns ebenfalls uneingeschränkt begrüßt.

Ein sportliches Aushängeschild der Stadt, die EPG Baskets Koblenz, haben sich an der Spitze der 2. Basketball-Bundesliga etabliert und die CGM-Arena befruchtet. Diese schöne Arena hat durch die neue Bestuhlung erheblich an Format gewonnen. Allerdings wird die Beschallungsanlage modernen Anforderungen nicht gerecht. Dass hier die EPG Baskets Koblenz – und hier setze ich für einen kurzen Moment die Vereinsbrille auf – in privater Initiative für die angemessene Beschallung eines Bundesligaspiels sorgen müssen, sollte kein Dauerzustand bleiben.

Aus diesem Grunde regen wir bereits jetzt an, für den nächsten Haushalt entsprechende Mittel für die Installation einer zeitgemäßen Beschallungsanlage vorzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zur unnötigen Bürokratisierung unserer Verwaltung: Die Einführung der wiederkehrenden Ausbaubeiträge ist eine politische Entscheidung der Landesregierung, die wir leider umsetzen müssen. Das ist Fakt. Dass es sich dabei aber um eine ideologisch geprägte Fehlentscheidung handelt, wird in den weiterhin geführten Diskussionen im Rat und in den Ortsbeiräten deutlich.

34 Abrechnungsgebiete, jede Menge neue Bürokratie, mindestens drei neue Planstellen, Verärgerung bei den Bürgern

über die noch anstehende Abrechnung von Projekten auf der Basis der Einmalbeträge; all dies hätte in Mainz - dem Beispiel vieler anderer rot-grün regierter Bundesländer folgend - vermieden werden können.

Die Frage, wieso Rheinland-Pfalz die Ausbaubeträge nicht abgeschafft hat, steht weiterhin im Raum und wird weiterhin von den Bürgern gestellt.

Hinzu kommt noch ein Höchstmaß an Rechtsunsicherheit vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die von jeder Ausbaumaßnahme einen konkreten grundstücksbezogenen Vorteil fordert.

Hier werden nun die Verwaltungsgerichte das Wort haben. Wir als FDP hoffen weiterhin, dass diese anachronistische und aus dem Mittelalter herrührende Belastung bald ein Ende findet. Auch Maßnahmen der kommunalen Infrastruktur sind aus dem allgemeinen Steuertopf und somit von allen Bürgern zu finanzieren, welche die kommunale Infrastruktur nutzen. Alles andere ist ungerecht und unsozial.

Für den Kulturbereich wünschen wir uns für die kommenden Jahre eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung, insbesondere im Hinblick auf die erheblichen Sanierungsmaßnahmen und die Erneuerung der technischen Anlagen des Stadttheaters.

Die Kultur ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil der Koblenzer Infrastruktur und dient dem Ansehen unserer Stadt.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit und darf abschließend die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen friedvolle und erholsame Weihnachtstage zu wünschen!